

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Antrag

des Parteivorstandes

Appell

**„Für eine menschliche,
soziale und moderne Gesellschaft“**

an den Parteitag

17./18. November 2000
ICM München



Die Kraft, die bewegt.

Appell **„Für eine menschliche, soziale** **und moderne Gesellschaft.“**

**Dem 65. Parteitag der Christlich-Sozialen Union am
17./18. November 2000 in München vorgelegt.**

I.

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist ein schleichender Prozess mit erheblichen mittel- und langfristigen Auswirkungen:

Um eine Bevölkerung weder wachsen noch schrumpfen zu lassen, müssen 100 Elternpaare im Durchschnitt 220 Kinder groß ziehen. In Deutschland liegt die Zahl aber seit fast 30 Jahren bei nur 140 Kindern! Die Zahl der Menschen in Deutschland wird deshalb sinken.

Gleichzeitig ist Deutschland auf dem Weg, die älteste Bevölkerung der Welt zu werden. 2050 wird der Anteil der über 65-jährigen an der Wohnbevölkerung auf fast ein Drittel gestiegen sein (+ 75 %), dagegen wird die Zahl der 20- bis 65jährigen von heute 51 auf nur noch rund 35 Millionen sinken.

Viele haben die Dramatik hinter diesen Zahlen noch nicht erkannt. Wie dynamisch, wie innovativ und wie leistungsfähig, aber auch wie menschlich und solidarisch Deutschland in Zukunft sein wird, hängt ganz wesentlich davon ab, welche Antworten wir heute auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung geben. Eine schrankenlose Zuwanderung scheint eine bequeme Antwort auf diese Herausforderung zu sein. Aber diese Antwort wäre falsch.

II.

Wir brauchen eine Stärkung der Familien!

Eine menschliche und soziale Gesellschaft ist ohne Familien undenkbar! Ehe und Familie haben sich über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Lebens- und Wertegemeinschaft bewährt. Auch heute stehen Familie und Kinder weiter an oberster Stelle bei der Frage nach den persönlichen Lebenszielen. Die Zahl der Menschen, die diesen vorhandenen Wunsch auch realisieren, nimmt aber ab. Natürlich soll sich

auch künftig jeder frei für ein Leben mit oder ohne Kinder und Familie entscheiden können. Aufgabe der Politik ist es aber, den Wunsch, Kinder zu haben und diesen auch zu realisieren, so weit wir das können zu fördern und zu unterstützen. Die Familienpolitik muss auf allen politischen Ebenen vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen und bei allen, die im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Verantwortung tragen, in ihrer Bedeutung ganz nach oben gestellt werden. Wir brauchen eine Stärkung der Familien. Wir brauchen für unsere Familien eine Kombination aus finanziellen Erleichterungen, praktischen Verbesserungen etwa bei der Kinderbetreuung, Hilfen zur Förderung der Erziehungsfähigkeit und -bereitschaft und eine viel höhere gesellschaftliche Anerkennung der Familien.

1. Wir brauchen einen Bewusstseinswandel: Ein kinderfreundliches Umfeld ist Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Sicherung von Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat. Kinder zu haben, für Kinder zu sorgen und Kinder zu erziehen muss wieder deutlich mehr als positiver Wert und als besondere Leistung anerkannt und geschätzt werden. Zu diesem Bewusstseinswandel müssen alle beitragen: Die Politik genauso wie die Manager in den Unternehmen und vor allem auch die Medien.
2. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben: Neben materiellen Problemen stehen die Einschränkungen, die in der Regel die Mutter durch Kindererziehung in ihrem beruflichen Fortkommen hinnehmen muss, immer stärker im Mittelpunkt. Die Entscheidung für Familie und Kinder darf aber nicht einseitig zu Lasten derer, die Kinder erziehen und betreuen - das sind immer noch ganz überwiegend Frauen - gehen! Eine veränderte Arbeitsteilung in der Familie und eine Bereitschaft zu mehr Kindern braucht veränderte Rahmenbedingungen.

Gerade die CSU hat für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon viel erreicht: In den 90er Jahren wurden in Bayern über 80.000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen, inzwischen herrscht nahezu Vollversorgung. Wir geben im Haushalt 2000 15 Millionen Mark für die kind- und familiengerechte Halbtagsgrundschule aus. Sie ist flächendeckend eingeführt. Die vielfältigen und ermutigenden Erfahrungen, die mit dem Bayerischen Gleichstellungsgesetz im Öffentlichen Dienst gesammelt wurden (Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeit, Jobsharing, Telearbeit usw.) haben auch in die freie Wirtschaft hinein gewirkt.

Weitere Anstrengungen sind aber notwendig. Die Unterstützung der Familien muss sich viel stärker an diesen wirklichen Bedürfnissen heutiger Familien orientieren. Beispiele vieler unserer europäischer Nachbarn zeigen, wie es gemacht werden kann! Die Forderungen der CSU reichen von der Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Unternehmen über die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit für junge Eltern und die Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs bis hin zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten: Tagesschulangebote, zeitliche Ausweitung der Mittagbetreuung, Ausbau der Horte, der Jugendbetreuung und der Tagespflege für Kinder unter 3 Jahre.

3. Wir wollen die materiellen Bedingungen für Familien verbessern: Die Entscheidung für Kinder darf nicht an finanziellen Fragen scheitern. Als „Partei der Familie“ fordert die CSU die Einführung eines Familiengeldes, je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Familien, in der Größenordnung von bis zu 1.000 Mark pro Kind und Monat bis zum drit-

ten Lebensjahr. Bei der Rentenreform treten für wir eine staatliche Kinderzulage für die private Altersvorsorge in Höhe von 30 Mark pro Kind und Monat ein.

Bildung und Qualifikation - Schlüssel für eine gute Zukunft!

Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung gefährdet die Kreativität, die Innovationskraft, die Dynamik und damit auch die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb. Dies gilt erst Recht für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland, in dem Menschen und ihr Wissen zu den wichtigsten Standort- und Wettbewerbsfaktoren zählen. Der Fachkräftemangel im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken ist nur ein Vorbote künftiger Entwicklungen. Bildungspolitik ist daher ein Schwerpunkt moderner Politik, um auf die demografische Entwicklung zu reagieren.

1. Wir brauchen eine verlässliche Politik für die Ausbildung unserer jungen Menschen. Das bayerische Bildungssystem gehört heute zu einem der leistungsfähigsten in Deutschland und Europa. Unser Ziel ist, jeder Schülerin und jedem Schüler durch eine hervorragende Ausbildung beste Chancen für die berufliche Zukunft zu eröffnen.

Wir müssen aber alles daran setzen, dass unser Bildungssystem auch in Zukunft zu den besten in der Welt zählt. Wir wollen deshalb die Lehrpläne den Erfordernissen einer sich wandelnden Gesellschaft und Wirtschaft anpassen. Wir wollen jeden bayerischen Schüler in die Lage versetzen, die Möglichkeiten des Kommunikationszeitalters verantwortungsbewusst zu nutzen. Wir werden die Lehreraus- und -fortbildung auf die neuen Herausforderungen einstellen. Und wir müssen unser Bildungssystem weiter gegenüber der Wirtschaft öffnen.

2. Wir müssen unsere Hochschulen für den internationalen Wettbewerb weiter rüsten. Bayern hat bereits 1998 die weitreichendste und mutigste Hochschulreform aller Länder beschlossen. Jetzt geht es darum, die Hochschulreform konsequent weiterzuführen. Wir wollen noch mehr Flexibilität in Forschung und Lehre. Wir wollen die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses weiter verbessern und das Angebot an die Studenten erweitern. Hochschulforschung und anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben außerhalb des Hochschulbereichs werden noch stärker verzahnt. Der Anteil der Frauen in den Wissenschaften soll vergrößert und die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt werden.
3. Wir brauchen neue Wege in der Weiterbildung. Wir wollen die Attraktivität, die Transparenz und die Qualität beruflicher Weiterbildung weiter steigern. Gerade das Internet bietet Chancen für neue Angebote wie das „Online-Lernen“ und eine bessere Verzahnung und Abstimmung der bestehenden Angebote. So wird der Virtuelle Campus Bayern (VCB) weltweit einmalig ein gemeinsames Portal für Bildungsangebote von Hochschulen, Kammern und Wirtschaft bieten. In der Virtuellen Hochschule Bayern (vhb) werden die besten virtuellen Angebote der bayerischen Hochschulen gebündelt und zur Weiterbildung nutzbar gemacht.
4. Wir setzen auf die Erfahrung der Älteren! Arbeitnehmer über 50 gehören nicht zum „alten Eisen“. Es kann nicht angehen, dass hier zu Lande trotz einer offiziellen Altersgrenze

von 65 nur noch ein gutes Drittel (39 %) der 55- bis 64-jährigen erwerbstätig ist. In anderen Ländern sind es rund zwei Drittel, in der Schweiz sogar über 70 %.

Zuwanderungsbegrenzung und -steuerung!

Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land. Deutschland ist aber kein klassisches Einwanderungsland und darf dies auch künftig nicht werden. Eine gezielte Zuwanderung von Menschen, die mit ihrer Qualifikation und Einsatzbereitschaft zu unserer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leistungsfähigkeit beitragen, kann aber ein weiterer Beitrag zur Bewältigung der demografischen Entwicklung sein. Für uns steht fest: Die Höhe einer Zuwanderung nach Deutschland ist begrenzt durch die Fähigkeit zur Integration der Zuwandernden. Deshalb lassen sich unsere Probleme nicht allein durch Zuwanderung lösen. Deutschland bräuchte zu einer Stabilisierung des Erwerbspersonenpotentials auf dem Stand von 1996 laut einer UN-Studie jährlich eine Netto-Zuwanderung von 460.000 Personen. Das wären bis 2050 insgesamt 25 Millionen Menschen. Dies würde die Integrationskraft unserer Gesellschaft bei weitem sprengen.

1. Ausländer zu integrieren und dabei die über Jahrhunderte gewachsene Identität unseres Landes zu bewahren, ist für uns eine riesige gesellschaftliche Herausforderung. Erfolgreiche Integration liegt für uns zwischen Assimilation und multikultureller Gesellschaft. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein Prozess des Gebens und Nehmens. Integration hängt vor allem auch von der Bereitschaft der Ausländer ab, sich auf die hiesigen Lebensverhältnisse einzulassen, sich selbst einzubringen und bestehende Integrationsangebote anzunehmen. Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft steht am Ende des Integrationsprozesses.

Das unverbundene Nebeneinander verschiedener Gruppen in Deutschland in einer sogenannten multikulturellen Gesellschaft oder in „Parallelgesellschaften“ ist keine Grundlage für eine gute Zukunft. Wir brauchen anerkannte Regeln für das Zusammenleben. Solche Regeln des Zusammenlebens sind in Deutschland Teil einer Leitkultur, die sich inhaltlich, in ihren Wurzeln und ihrer Ausprägung aus der christlich-abendländischen Wertetradition, der Aufklärung und dem Humanismus entwickelt hat.

Dazu gehören unter anderem die Achtung der Grundwerte unserer Verfassung, wozu besonders die Gleichberechtigung von Mann und Frau zählt, das Einstehen für das Gemeinwohl, für unsere Staatsform und unser demokratisches politisches System, die Achtung des Rechtsstaates, der Verzicht auf übersteigerte national-religiöse Verhaltensweisen, die Eigenverantwortung für sich und die Übernahme von Verantwortung für die Angehörigen, insbesondere durch Eingliederung in Schule, Wirtschaft und Beruf, und schließlich die Beherrschung der deutschen Sprache als unverzichtbare Grundvoraussetzung für Kommunikation.

2. Wir fordern verstärkte Anstrengungen zur Integration der bei uns lebenden Ausländer. Wir schlagen vor, Ausländern, die deutsche Sprachkurse besuchen, schneller einen besseren aufenthaltsrechtlichen Status zu geben. Wir wollen zusammen mit den Trägern der Erwachsenenbildung prüfen, ob Sprachkurse zielgruppenspezifischer ausgerichtet

und zu echten „Integrationskursen“, die auch Kenntnisse über das Grundgesetz, Kultur und Geschichte vermitteln, erweitert werden können. Wir wollen den Nachzug ausländischer Ehegatten von Sprachkenntnissen abhängig machen und das Nachzugsalter von Kindern im Interesse der Integration auf sechs, höchstens zehn Jahre senken. Im Bildungsbereich befürworten wir eine Weiterentwicklung des islamischen Religionsunterrichts und eine Stärkung der interkulturellen Ausbildung von Lehrern.

3. Wollen wir Spielräume für die Zuwanderung von Fachkräften, Unternehmern oder Wissenschaftlern schaffen, müssen wir die Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten reduzieren, die unsere Sozialhaushalte belasten und unsere Integrationskapazität überfordern. Mit entscheidend hierfür ist eine Änderung des Asylrechts.

Noch immer kommen jährlich nahezu 100.000 Asylbewerber nach Deutschland. Selbstverständlich ist: Wir wollen nach wie vor Solidarität und humanitäre Hilfe für Menschen in Not üben. Wir wollen weiterhin von Folter und Terror bedrohten Menschen Aufnahme bieten. Aber: 85 Prozent der zu uns kommenden Asylbewerber werden weder als politisch verfolgt anerkannt, noch erhalten sie vorübergehenden Abschiebeschutz.

Wir müssen das Grundrecht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzen und die Asylverfahren beschleunigen. Wir brauchen ein einheitliches Asylrecht in Europa und vor allem eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der EU. Gesetzliche Regelungen, die den Asylmissbrauch fördern, müssen abgebaut werden.

III.

Wir appellieren an alle, die Verantwortung für die Zukunft Deutschlands tragen, die demografische Entwicklung als Herausforderung ersten Ranges zu begreifen und schnell Antworten auf der Grundlage dieses Appells zu geben!

Hergestellt im Archiv für Global-Sozialpolitik der Hans-Bredow-Stiftung. Weitergabe, nicht gemaltere, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP